

Städte auf dem Weg zu mehr Altersfreundlichkeit

Die demografische Entwicklung stellt Städte und Gemeinden vor grosse Herausforderungen. Um attraktive Wohn- und Lebensorte zu bleiben, müssen sie ihre Alterspolitik überdenken. Wie können sie einer immer älteren Gesellschaft gerecht werden? Ein Projekt der Hochschule Luzern zeigt Wege auf.



Viele ältere Menschen wünschen sich, zu Hause alt zu werden. Städte können sie dabei unterstützen.

Die 75-jährige Sonja Erni möchte zu Hause alt werden – ein Wunsch, den viele der 1,5 Millionen Schweizer Seniorinnen und Senioren hegen. Zu Hause alt werden bedeutet ein Stück Freiheit und Lebensqualität, auch wenn sich schrittweise Einschränkungen bemerkbar machen. Deshalb besucht Sonja Erni einmal pro Woche das nahegelegene «Dienstleistungszentrum» im Quartier. Sie bringt hier ihre

Wäsche vorbei, geht in die medizinische Fusspflege und bucht den Fahrdienst zur Physiotherapie. Sie nimmt aber nicht nur Unterstützung in Anspruch, sondern engagiert sich auch in der Nachbarschaft: Quartierrundgänge, bei denen sie die Seniorenfreundlichkeit des Quartiers mit kritischem Blick prüft, gehören für sie zur Pflicht. Hier hat sie schon auf schwer zugängliche Haltestellen aufmerksam gemacht.

Dieses Beispiel aus Schaffhausen zeigt, wie zeitgemässe Alterspolitik funktionieren kann: niederschwellige Unterstützungsangebote im Alltag, die lokal auf die Quartiere ausgerichtet sind, sowie ein aktiver Einbezug der älteren Bevölkerung. Die Stadt hat Altersheime zu drei quartierbezogenen «Dienstleistungszentren» mit verschiedenen Wohnangeboten und Serviceleistungen umfunktioniert. Das Pflegeheim ist nur

noch für eine zeitlich kurze und in der Regel letzte Lebensphase bestimmt.

«Schaffhausen ist ein Vorbild für viele Städte und Gemeinden. Es ist höchste Zeit, die kommunale Alterspolitik weiterzuentwickeln», sagt Jürgen StremLOW, Experte für Sozialpolitik an der Hochschule Luzern. Mit der anstehenden Pensionierungswelle der Babyboomer wird sich die Zahl der älteren Bewohnerinnen und Bewohner bis 2045 auf 2,7 Millionen verdoppeln. Wollen Städte und Gemeinden als Wohn- und Lebensort attraktiv bleiben und die Aufgaben und Kosten, die auf sie zukommen, bewältigen, müssen sie ihre Alterspolitik aktiv an die Hand nehmen. Das Thema ist komplex und das Modell Schaffhausen nicht für alle geeignet. Deshalb hat sich die Hochschule Luzern mit der Studie «Gestaltung der Alterspolitik» dem Thema angenommen. Diese ist Teil eines Projekts mit der Technischen Hochschule Köln, das innovative Wege in der Alterspolitik von Städten und Gemeinden erforscht.

Erst fünf Städte mit umfassender Alterspolitik In einem ersten Schritt haben Jürgen StremLOW und sein Team 15 unterschiedliche Schweizer Städte und Gemeinden untersucht. Die Analyse zeigt, wie Behörden das Thema planen und umsetzen, welche Formen der Beteiligung für ältere Menschen existieren, wie innovationsfreudig die Verantwortlichen sind und ob sich die Angebote am lokalen und sozialen Umfeld der Älteren ausrichten. Daraus wurde eine Typologie entwickelt, die aus fünf Stufen besteht (Details siehe Box auf S.15): von Kommunen auf Stufe 1, die ihre Kernaufgaben erfüllen, bis zu Städten wie Schaffhausen auf Stufe 5, die eine umfassende Alterspolitik betreiben. «Bisher sind fünf der untersuchten Städte und Gemeinden auf der höchsten Entwicklungsstufe angekommen», sagt Jürgen StremLOW.



Alterskommissionen können das Mitspracherecht der betagteren Bevölkerung fördern und somit Städte altersfreundlicher machen.

Aus der Typologie hat das Team Handlungsempfehlungen abgeleitet. «Eine umfassende Alterspolitik betreiben heute vor allem mittelgrosse bis grössere Städte, die über genügend Ressourcen, Fachpersonen und übergreifende Verwaltungsstrukturen verfügen», so StremLOW. Es brauche eine vernetzte Zusammenarbeit zwischen den

«Wenn wir die Möglichkeit haben, unser Umfeld aktiv mitzugestalten, kommt das nicht nur uns selbst, sondern allen zugute.»

Angelica Ferroni,
Präsidentin «Forum Luzern60plus»

verschiedenen Akteuren wie der Gemeinde- oder Stadtverwaltung, der älteren Bevölkerung, Dienstleistungsanbietern, Freiwilligen oder Investoren von Altersheimen. Da Alterspolitik eine Querschnittsaufgabe sei, brauche es laut StremLOW auch ämterübergreifende Gremien in der Verwaltung, die eine Altersstrategie festlegen. «Das So-

zialdepartement sollte eingebunden werden, aber auch Ämter aus den Bereichen Gesundheit, Bau, Verkehr, Kultur und viele mehr».

Und die kleinen Gemeinden? Sie müssen nicht zwangsläufig auf den unteren Stufen bleiben: «Da viele von ihnen oft über beschränkte Ressourcen verfügen, empfehlen wir ihnen eine Kooperation mit anderen Gemeinden als eine zukunftsweisende Option, wie es etwa in Wallisellen, Dietlikon und Wangen-Brüttisellen der Fall ist», so StremLOW. Die drei Gemeinden spannen bei Kernaufgaben zusammen, etwa bei den stationären Angeboten in den drei Alterszentren und der ambulanten Pflege. Lokal lösen sie weitere Aufgaben wie die Förderung von Wohnangeboten mit Serviceleistungen oder die Quartierentwicklung jeweils selbst.

Die «neuen» Alten aktiv einbinden Ein wichtiger Treiber für Gemeinden und Städte, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen, ist laut der Studie auch die ältere Bevölkerung selbst. So gibt es in der Stadt Luzern das «Forum Luzern60plus». Dieses steht als Fachkommission des Stadtrats den Behörden, Institutionen und Vereinen beratend zu Seite und bringt selbst Anliegen zu aktuellen Problemfeldern ein – etwa zu fehlenden altersgerechten Wohnungen. «Unsere 70 Mitglieder sind eine gewichtige Stimme der älteren Generation. Und diese will mitreden und gehört werden», sagt Präsidentin Angelica Ferroni. Denn das Wissen, die Erfahrung und die verfügbare Zeit dieser Bevölkerungsgruppe sei eine unverzichtbare Ressource. «Wir Älteren übernehmen heute unzählige Stunden in der Kinderbetreuung, Pflege der Angehörigen, in der Nachbarschaftshilfe, der Freiwilligenarbeit und in vielem mehr. Wenn wir die Möglichkeit haben, unser Umfeld aktiv mitzugestalten, kommt das nicht nur uns selbst, sondern allen zugute», so Angelica Ferroni.

«Seniorinnen und Senioren wollen ihre Städte aktiv mitgestalten»

Rita Gisler setzt sich als Beraterin und Geschäftsleiterin des Schweizer Netzwerks alterfreundlicher Städte für eine aktive Alterspolitik ein. Ein Gespräch über die «neuen Alten», fehlenden Wohnraum und den Beitrag der Forschung an der altersfreundlichen Entwicklung der Städte.

Rita Gisler, in welcher Stadt würden Sie am liebsten leben?

Bern, wo ich bereits lange lebe. Die Stadt betreibt seit vielen Jahren eine aktive, umfassende und zukunftsgerichtete Alterspolitik. New York wäre auch bestechend, denn dort wohnen mehr als eine Million über 65-Jährige. Ich lernte Beispiele der New Yorker Alterspolitik an einer internationalen Konferenz kennen und war fasziniert, etwa vom Konzept der altersfreundlich ausgestalteten Einkaufsläden. Aber zurück in die Schweiz: Hier ist im Moment vieles in Bewegung, die Städte bauen Strukturen auf, sprechen Ressourcen für Gremien oder Stellen und Altersstrategien werden verfasst. Alterspolitik hat sich von einem politischen Randgebiet zu einem bedeutenden Politikbereich gewandelt.

Wie steht es um kleinere Gemeinden?

Es ist teilweise schwierig, sie zu einer aktiven Alterspolitik zu bewegen. Für viele Aufgaben, die über die Grundversorgung von Pflege und Betreuung hinausgehen, gibt es weder Gesetze noch Verpflichtungen und die Mittel sind oft knapp. Es braucht in der Regel einen Anstoss: sei das durch den Kanton, der ein Gesetz lanciert oder Unterstützungsbeiträge für die Erarbeitung von Alterskonzepten spricht, einen Gemeinderat, der das Thema vorantreibt, oder die ältere Bevölkerung selbst, die aktiv wird.

Wir haben es mit einer neuen Generation älterer Menschen zu tun ...

Die Seniorinnen und Senioren sind oft gut gebildet, lange eigenständig, selbstbewusst und wollen die Alterspolitik mitgestalten. Und sie sind geübt im Umgang mit elektronischen Kommunikationsmitteln. Das heisst, sie beschaffen sich Informationen selber und können sich geeignete Leistungspakete zusammenstellen. Wünschenswert für die Zukunft sind flexiblere Finanzierungsmodelle, sprich eine Person erhält ein bestimmtes Budget, mit der sie Leistungen in Pflege und Betreuung selbst wählen und einkaufen kann.

Wo besteht in Städten und Gemeinden am meisten Handlungsbedarf?

Es fehlt altersgerechter Wohnraum. Die Städte haben oft wenig direkten Einfluss auf die Bautätigkeit. Sie können das Angebot aber zum Beispiel mittels Auflagen in Überbauungsordnungen oder bei Bauverträgen steuern. Auch Einsamkeit und fehlende Integration der älteren Bevölkerung sind ein grosses Thema in den Städten. Deshalb richten sich die Unterstützungsangebote vermehrt an Quartiere und Nachbarschaften. Der Trend geht weg von grossen «Alterszentren» hin zu lokalen Anlaufstellen und niederschweligen Angeboten im Lebensraum der älteren Bevölkerung.

Sie haben als externe Projektmitarbeiterin an der Studie der Hochschule Luzern mitgewirkt. Haben

Sie die Resultate überrascht?

Die Studie bestätigt die Eindrücke aus meiner Beratungstätigkeit und aus meiner Zeit als Amtsleiterin in der Stadt Bern: Es fehlen beispielsweise oft ämterübergreifende Strukturen in der Verwaltung. Überrascht hat mich der erfolgreiche Ansatz der interkommunalen Kooperation unter den drei Gemeinden Wallisellen, Dietlikon und Wangen-Brüttisellen. Sie könnten als Vorbild für einen regionalen Ansatz für weitere Gemeinden dienen.

Was kann die Forschung dazu beitragen, dass das Thema Fortschritte macht?

Die Hochschule Luzern erarbeitet nötiges Grundlagenwissen, um Standards und Strategien zu entwickeln. Wichtig ist, dass sie dieses Wissen in die Praxis überführen kann. Denn diese braucht Expertise und Begleitung, um das komplexe Thema anzupacken.

Interview: Mirjam Aregger



Rita Gisler

ist Geschäftsleiterin des Schweizer Netzwerks alterfreundlicher Städte und Inhaberin von «Rita Gisler – Strategien für Alter und Gesundheit, Bern».

www.altersfreundlich.net
www.ritagisler.ch

› Luzern ist eher eine Ausnahmeerscheinung; laut der Studie gibt es noch Entwicklungspotenzial, um die Beteiligung und Mitsprache der älteren Bevölkerung zu fördern. Dies können neben Foren auch Alterskommissionen, Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen oder Quartierbegehungen sein. Auch empfiehlt die Studie, die Bedürfnisse der Älteren systematisch zu erfassen, etwa mit Bevölkerungsbefragungen, um somit zum Beispiel Quartiere bewusst seniorengerechter zu gestalten. Zudem wichtig: Da ältere Menschen in ihrer Mobilität eingeschränkt sein können, müssen sich die Angebote an ihrem unmittelbaren Umfeld orientieren. Je nach Situation und Grösse einer Stadt oder Gemeinde kann sich dies um Quartiere (bei stark zersiedelten Gemeinden und grossen Städten), das gesamte Gemeindegebiet (bei kleineren Gemeinden mit kompaktem Siedlungsgebiet) oder eine Region (bei einer interkommunalen Kooperation) handeln.

Eine «Toolbox» für Gemeinden Angesichts der Komplexität gibt es kein Standardrezept, betont Jürgen StremLOW. «Jede Stadt oder Gemeinde muss für sich eruieren, welche Strategie sinnvoll ist.» Deshalb arbeitet sein Team mit Unterstützung von Wirtschaftswissenschaftlern derzeit an einem «Kompass kommunaler Alterspolitik». Geplant ist etwa ein Instrument, das die Wohnverhältnisse der älteren Bevölkerung analysiert, oder Tools, die helfen,

den künftigen Finanzbedarf für Pflege und Betreuung zu ermitteln.

Wie nun die Gemeinden und Städte diese Fülle an Erkenntnissen, Empfehlungen und Instrumenten nutzen, wird sich zeigen. «Wir können ihnen als Sparringpartner dienen und ihnen den Spiegel

vorhalten. Handeln müssen sie aber selbst», so StremLOW. Sicher ist: Alterspolitik wird eines der wichtigsten Themen der nächsten Jahre. Und wie eine Gesellschaft mit ihren alten Menschen umgeht, zeigt ihr wahres Gesicht und ist Gradmesser ihrer Menschlichkeit.

Mirjam Aregger

Alterspolitik in Schweizer Städten und Gemeinden: Fünf Typen

In der Schweiz lassen sich gemäss Analyse der Hochschule Luzern fünf Gestaltungsmuster bei der Umsetzung von Alterspolitik unterscheiden:

Typ 1 
Fokus auf Kernaufgaben

Diese Gemeinden und Städte sind primär auf Pflege und Betreuung der älteren Bevölkerung ausgerichtet. Die Beteiligung beschränkt sich vorwiegend auf den gesetzlich geregelten Rahmen.

Typ 2 
Interkommunale Kooperationen
Kleine bis mittelgrosse Gemeinden bis zu 15'000 Einwohnern gehen untereinander Kooperationen ein, um die Kernaufgaben gemeinsam zu organisieren. Die weitere Ausgestaltung der Alterspolitik (z. B. der Einbezug der älteren Bevölkerung) ist individuell geregelt.

Typ 3 
Integrierte Versorgung
Die Angebote gehen über Kernaufgaben hinaus: Informationsstellen, ambulante Beratung und Unterstützung für selbstständiges Wohnen gehören dazu. Seniorinnen und Senioren beteiligen sich situativ und informell. Es gibt vereinzelt sozialraumbezogene Angebote.

Typ 4 
Übergänge zur umfassenden Alterspolitik

Städte und Gemeinden fördern die gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe älterer Menschen systematisch: durch Einbezug in Entscheidungsprozesse oder Unterstützung von Projektideen. Neue innovative Modelle werden in den Behörden diskutiert oder stehen vor der Einführung. Die umfassende Ausrichtung ist noch nicht etabliert.

Typ 5 
Umfassende Alterspolitik

Städte und Gemeinden fördern systematisch die Beteiligung der älteren Menschen am öffentlichen Leben und an der Mitgestaltung der Alterspolitik. Es gibt eine Vielzahl an Netzwerken, Gremien und gut organisierten Vereinen. Es sind übergreifende Verwaltungsstrukturen und ein hohes Interesse an innovativen Konzepten vorhanden. Die Angebote sind auf das Quartier oder das soziale Umfeld älterer Menschen ausgerichtet.